

## Die rheinland-pfälzische Landtagswahl vom 13. März 2016: Populäre SPD-Ministerpräsidentin führt Rheinland-Pfalz in Ampel-Koalition

Heiko Gothe

### 1. Ausgangslage

Die Landtagswahl 2011 wies in mehrerlei Hinsicht historische Dimensionen auf und sorgte für die stärkste Wählerbewegung in der rheinland-pfälzischen Wahlgeschichte. Die SPD war zwar zum fünften Mal in Folge stärkste landespolitische Kraft geworden, der damalige Ministerpräsident *Kurt Beck* musste allerdings einen Rekordverlust hinnehmen. Die Sozialdemokraten konnten sich mit 35,7 Prozent (-9,9 Punkte) nur noch knapp vor der CDU behaupten. Die Grünen zogen, unterstützt durch eine nach der Atomkatastrophe im japanischen Fukushima stark umwelt- und energiepolitisch geprägte Themenagenda, nach einer Wahlperiode in der außerparlamentarischen Opposition mit einem Rekordergebnis (15,4 Prozent, +10,8) wieder in das Landesparlament ein. Dank der Verdreifachung ihres Wahlergebnisses konnten sie zusammen mit der SPD die Regierung bilden. Die CDU mit ihrer Spitzenkandidatin *Julia Klöckner* rückte mit 35,2 Prozent dicht an die SPD heran. Obwohl dies das zweitschlechteste Wahlergebnis im Lande war, sahen sich die Christdemokraten als Wahlgewinner, weil die SPD in Reichweite schien und der Landesverband erstmals seit den 1980er Jahren wieder Stimmengewinne verbuchen konnte (+2,4).

Klarer Wahlverlierer war der langjährige SPD-Juniorpartner FDP. Die mit bundespolitischem Gegenwind kämpfenden Liberalen erlebten in Rheinland-Pfalz den zweitgrößten Einbruch ihrer Landtagswahlgeschichte und verpassten mit 4,2 Prozent (-3,8) den Sprung ins Parlament. Die Linke verbesserte sich 2011 nur marginal (+0,4) und blieb mit 3,0 Prozent auch im dritten Anlauf deutlich von der Mandatsschwelle entfernt. Die Wahlbeteiligung stieg infolge der starken Politisierung nach dem Atomunglück und aufgrund des Wunsches nach einem dosierten Machtwechsel an Rhein und Mosel erstmals seit Anfang der 1980er Jahre wieder an (61,8 Prozent, +3,6).<sup>1</sup>

Der Ausbau der Eifel-Rennstrecke Nürburgring zu einem Freizeitpark blieb auch in der 16. Wahlperiode eines der bestimmenden Themen im Land. Im Juli 2002 musste Ministerpräsident *Beck* die bevorstehende Insolvenz der weitgehend landeseigenen Nürburgring GmbH bekannt geben. Infolgedessen hatte der Landtag mit den Stimmen der rot-grünen Koalition eine Bürgschaft in Höhe von 254 Millionen Euro für einen Kredit an die Betreibergesellschaft bereitstellen müssen. In der Landtagssitzung am 1. August 2012 bat er die Bürger des Landes und die Mitarbeiter betroffener Firmen um Entschuldigung, „...dass wir sie in eine solche Unsicherheit geführt haben“<sup>2</sup>. In dieser Plenardebatte warf Oppositionsführerin *Klöckner* dem Ministerpräsidenten Abgehobenheit vor und kündigte ein Misstrau-

1 Vgl. *Heiko Gothe*, Die rheinland-pfälzische Landtagswahl vom 27. März 2011: Dosierter Machtwechsel in Mainz, in: ZParl, 42. Jg. (2011), H. 4, S. 764 – 783; *Kai Arzheimer*, Sports Cars, Sleaze and Gamma Rays: Rhineland-Palatinate Elects its First Red-Green Government, in: German Politics, 21. Jg. (2012), H. 3, S. 341 – 354.

2 Landtag Rheinland-Pfalz, 16. Wahlperiode – 30. Sitzung, 1. August 2012, Plenarprotokoll 16/30, S. 1872.

ensvotum an.<sup>3</sup> Der dazu von der CDU-Fraktion eingebrachte Antrag wurde am 30. August 2012 mit den Stimmen der Regierungsparteien abgelehnt. Aus Sicht von *Beck* ging die rot-grüne Koalition gestärkt aus der Abstimmung hervor. Er kündigte an, bis 2016 im Amt zu bleiben, falls dies seine Gesundheit erlaube.<sup>4</sup> Im Zuge der Nürburgring-Debatte erodierte *Becks* Popularität in der Bevölkerung zusehends. Ende August 2012 fiel die Zustimmung zu seiner politischen Arbeit in einer Umfrage des Südwestrundfunks (SWR) auf ein Rekordtief, und er erhielt erstmals weniger Zustimmung als die CDU-Vorsitzende *Klöckner*.<sup>5</sup>

Nur einen Monat später, am 28. September 2012, kündigte *Kurt Beck* seinen kompletten Rückzug aus der aktiven Politik an und nannte dafür ernstzunehmende gesundheitliche Probleme.<sup>6</sup> Einen Zusammenhang mit der Nürburgring-Pleite bestritt er. Als seine Nachfolgerin für das Ministerpräsidentenamt schlug er die langjährige Sozialministerin *Malu Dreyer* vor. Das von Parteifreunden als „beliebt wie Freibier und Hitzefrei“ beschriebene langjährige Kabinettsmitglied gehörte bis dato nicht zum Favoritenkreis um die *Beck-Nachfolge*.<sup>7</sup> Wohl auch um die an Multipler Sklerose erkrankte *Dreyer* zu entlasten, leitete *Beck* eine Trennung von Regierungs- und Parteiamt ein. Den Vorsitz der Landespartei sollte Innenminister *Roger Lewentz* übernehmen, der bisher als ein möglicher Nachfolger *Becks* gehandelt worden war. Auch Fraktionschef *Hendrik Hering* gehörte zu diesem Kreis – beide waren aber in der Vergangenheit mit der Nürburgring-Thematik befasst und galten somit als angreifbar.

Auf einem Landesparteitag im November 2012 wurde *Lewentz* mit 95 Prozent der Stimmen zum neuen Vorsitzenden der rheinland-pfälzischen SPD gewählt. *Beck* hatte den Landesverband 19 Jahre geführt.<sup>8</sup> Am 16. Januar 2013 wurde *Malu Dreyer* mit den 60 Stimmen der Koalition zur Ministerpräsidentin gewählt. Der rund 18 Jahre amtierende *Kurt Beck*<sup>9</sup> hinterließ seiner Nachfolgerin zwar eine geringe Arbeitslosigkeit, neben den Schwierigkeiten beim Nürburgring allerdings auch den defizitären Regionalflughafen Hahn im Hunsrück und einen hohen Schuldenstand.<sup>10</sup>

Als die Europäische Kommission im Herbst 2014 bekannt gab, dass die frühere Landesregierung mit den Subventionen für den Freizeitpark gegen europäisches Recht verstoßen habe, wurde der Nürburgring erneut Thema der politischen Auseinandersetzung. Den Verkauf der insolventen Nürburgring GmbH an den Düsseldorfer Autozulieferer Capricorn beanstandete die EU-Kommission nicht.<sup>11</sup> Auch der Landesrechnungshof äußerte Kritik an

3 Ebenda, S. 1891.

4 Vgl. *Marc Widmann*, Mainz bleibt meins, in: SZ vom 31. August 2012, S. 5.

5 Vgl. Infratest dimap, SWR PoliTREND Rheinland-Pfalz August 2012, Berlin 2012.

6 Vgl. „Pause für meine Gesundheit einlegen“, in: Die Rheinpfalz vom 1. Oktober 2012, S. 3.

7 Vgl. *Arno Becker* / *Reinhard Folz*, Gelungener Coup, in: Die Rheinpfalz vom 29. September 2012, S. 4.

8 Vgl. *Marc Widmann*, 6911 Tage Chef, in: SZ vom 12. November 2012, S. 5.

9 Zu den Erfolgsbedingungen einer „Landesvaterdemokratie“ vgl. *Matthias Klein*, Regieren in der Landesvaterdemokratie, in: *Nikolaus Werz* / *Martin Koschkar* (Hrsg.), Regionale politische Kultur in Deutschland. Fallbeispiele und vergleichende Aspekte, Wiesbaden 2016, S. 253 – 269.

10 Vgl. *Bernd Freytag*, Die Wirtschaft wächst, die Schulden steigen, in: FAZ vom 29. September 2012, S. 12.

11 Vgl. *Susanne Höll*, Rüge für Rheinland-Pfalz, in: SZ vom 2./3. Oktober 2014, S. 6. Allerdings sorgte die Übernahme der in Zahlungsschwierigkeiten geratene Capricorn durch einen russischen Unternehmer für Unruhe. Vgl. *Dietmar Brück*, Viktor Charitonin ist vernarrt in Oldtimer, in: Rhein-Zeitung.de vom 31. Oktober 2014, [http://www.rhein-zeitung.de/region\\_artikel-viktor-charitonin-ist-vernarrt-in-oldtimer-\\_arid,1227313.html](http://www.rhein-zeitung.de/region_artikel-viktor-charitonin-ist-vernarrt-in-oldtimer-_arid,1227313.html) (Abruf am 24. Juni 2016).

der Mittelvergabe. Hinzu kamen Zahlungsschwierigkeiten des privaten Käufers, der daraufhin seine Anteile an einen russischen Investor veräußerte. Das gescheiterte Nürburgring-Projekt kostete die rheinland-pfälzischen Steuerzahler mehrere hundert Millionen Euro und drohte so zum Dauerthema bis zur Landtagswahl zu werden. Aus diesem Grund holte *Dreyer* im November 2014 zum Befreiungsschlag aus und besetzte ihr Kabinett in fünf von neun Ressorts und die Fraktionsspitze um. Betroffen waren vor allem Minister, die in der Vergangenheit mit dem Nürburgring-Debakel befasst waren. Dazu gehörte der SPD-Fraktionsvorsitzende *Hendrik Hering*, dem der bisherige Sozialminister *Alexander Schweitzer* folgte, dessen vorrangige Aufgabe darin bestehen sollte, der Oppositionsführerin im Landtag Paroli zu bieten.<sup>12</sup> Justizminister *Jochen Hartloff* gab seinen Posten Mitte November an den Rechtsprofessor und ehemaligen Kirchentagspräsidenten *Gerhard Robbers* ab. An die Spitze des Finanzministeriums rückte für *Carsten Kühn* die bisherige Bildungsministerin *Doris Ahnen*. *Margit Conrad* schied aus ihrer Funktion als Staatsministerin und Bevollmächtigte beim Bund und für Europa aus dem Kabinett aus, ihr folgte die bisherige Staatskanzleichefin *Jacqueline Kraege* nach. Neue Ressortchefin im Sozialministerium wurde die Bundestagsabgeordnete *Sabine Bätzing-Lichtenthäler*, neue Leiterin im Bildungsressort die dortige Staatssekretärin *Vera Reiß*.<sup>13</sup>

*Julia Klöckner* verschaffte sich weiteres politisches Gewicht, indem sie im Dezember 2012 als stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende kandidierte und das mit Abstand beste Ergebnis (93 Prozent) der fünf Stellvertreter von *Angela Merkel* erzielte.<sup>14</sup> Sie wurde damit nicht nur Hoffnungsträgerin der rheinland-pfälzischen CDU, sondern auch der Bundespartei. Im Dezember 2014 holte *Klöckner* sich Rückenwind für den anstehenden Landtagswahlkampf: Mit 924 Stimmen erhielt sie sogar mehr Stimmen als die Parteivorsitzende und mit über 96 Prozent erneut das mit Abstand beste Ergebnis der fünf Stellvertreter.<sup>15</sup> Sie hatte die rheinland-pfälzische CDU zu einem schlagkräftigen Landesverband geformt und sich selbst als „unangefochtene Führungsfigur“<sup>16</sup> an dessen Spitze gestellt. Bei einem Wahlsieg wurden *Klöckner* sogar ernsthafte Chancen auf die Nachfolge von Kanzlerin *Merkel* zugeschrieben.

## 2. Wahlkampf

Ministerpräsidentin *Dreyer* war es Ende 2014 gelungen, mit dem radikalen Schlussstrich beim Nürburgring und der drastischen Kabinettsumbildung, Erblasten aus der Ära *Kurt Beck* abzuwerfen und sich in nur zwei Jahren das Image einer Landesmutter zu erar-

12 Vgl. *Susanne Höll*, Dreyers Prätorianer, in: SZ vom 15./16. November 2014, S. 16.

13 Vgl. *dies.*, Malu Dreyer bildet Kabinett radikal um, in: sueddeutsche.de vom 5. November 2014, <http://www.sueddeutsche.de/politik/2.220/rheinland-pfalz-Malu-Dreyer-bildet-kabinettradikal-um-1.2204525> (Abruf am 15. Juni 2016); *Hannelore Croll*, Bei einer Nachfrage kommt Dreyer ins Straucheln, in: welt.de vom 5. November 2014, <http://www.welt.de/134039149> (Abruf am 24. Juni 2016).

14 Vgl. „Rekordergebnis – CDU wählt Merkel mit 97,94 Prozent“, in: welt.de vom 4. Dezember 2012, <http://www.welt.de/politik/deutschland/article111805499/Rekordergebnis-CDU-waehlt-Merkel-mit-97-94-Prozent.html> (Abruf am 24. Juni 2016).

15 Vgl. CDU, 27. Parteitag der CDU Deutschlands, Wahlen, 9. Dezember 2014, <http://www.koeln2014.cdu.de/wahlen> (Abruf am 24. Juni 2016).

16 *Constantin Magnis*, Blonde Hoffnung, in: Cicero, Heft 12/2015, S. 26.

beiten.<sup>17</sup> Die rheinland-pfälzische CDU diagnostizierte bereits vor deren offizieller Amtsübernahme, dass eine Ministerpräsidentin *Dreyer* deutlich schwerer herauszufordern sein würde als der damals dienstälteste Ministerpräsident Deutschlands.<sup>18</sup> Dies zeigte sich bereits im Oktober 2012, als in einer SWR-Umfrage 60 Prozent die Auffassung vertraten, dass *Malu Dreyer* eine gute Ministerpräsidentin sein würde.<sup>19</sup>

Die große Zahl der nach Deutschland kommenden Flüchtlinge veränderte im Spätsommer und Herbst 2015 die politische Agenda völlig. Getragen von einer für die Landes-CDU günstigen politischen Stimmung – die Christdemokraten lagen zu diesem Zeitpunkt in den Umfragen zehn Punkte vor der SPD<sup>20</sup> – wurde *Julia Klöckner* im September bei einem Landesparteitag einstimmig zur Spitzenkandidatin gewählt. Auf dem Delegiertentreffen stellte sie einen 13-Punkteplan vor, der auf der einen Seite Forderungen nach einer schnelleren Integration von Asylbewerbern mit Bleibeperspektive in den Arbeitsmarkt enthielt, auf der anderen Seite den Willen von Flüchtlingen zur Integration forderte und die schnelle Abschiebung von Wirtschaftsflüchtlings betonte. Sie erneuerte auch ihre unter dem Stichwort „Burka-Verbot“ bekannt gewordene Forderung nach einem Verbot der Vollverschleierung. Weitere Schwerpunkte des Wahlkampfauftritts waren die Kritik an der Wirtschafts- und Verkehrspolitik der rot-grünen Landesregierung, die Forderung nach dem Bau der Mittelrheinbrücke und nach stärkeren Anstrengungen für die digitale Infrastruktur des Landes. Mit einem betont sachlichen und vernunftbetonten Auftritt suchte *Klöckner* einen Weg, um gegen die in der Bevölkerung beliebte Amtsinhaberin zu punkten.<sup>21</sup>

Weil mit der weiterhin hohen Zahl der nach Deutschland kommenden Flüchtlinge die Popularität der Bundes- und der Landes-CDU zu schwinden begann, suchte sich *Klöckner* von der Linie der Kanzlerin in der Flüchtlingspolitik moderat abzugrenzen. Diese setzte zu Beginn des Jahres auf eine europäische Lösung zur Bewältigung der Flüchtlingsströme unter Einbeziehung der Türkei. Noch im September 2015 verfügte die rheinland-pfälzische CDU über einen Vorsprung von zehn Punkten vor der SPD – Mitte Januar waren es nur noch sechs Punkte. Ende Januar legte *Klöckner* zusammen mit dem baden-württembergischen CDU-Spitzenkandidaten *Guido Wolf* einen Plan zur Beschränkung der nach Europa kommenden Flüchtlingszahlen vor.<sup>22</sup> Darin schlug sie, im Unterschied zu der europäischen Strategie *Merkels*, stärkere nationale Maßnahmen zur Begrenzung der Flüchtlingszahlen vor, wie zum Beispiel grenznahe Registrierungszentren und tagesaktuelle Aufnahmekontingente. Der „Plan A2“ stand zudem in einigen Aussagen, zum Beispiel bei der Einführung von Kontingenten, im Widerspruch zu Äußerungen in einem Buch, das *Klöckner* erst im Herbst 2015 herausgegeben hatte.<sup>23</sup> Zugleich betonte sie die Unterstützung der *Merkel-*

17 Vgl. *Susanne Höll*, a.a.O. (Fn. 13).

18 Vgl. *Thomas Holl*, Keine Angriffsfläche mehr, in: FAZ vom 1. Oktober 2012, S. 4.

19 Vgl. Infratest dimap, SWR PoliTREND Rheinland-Pfalz Oktober 2012, Berlin 2012.

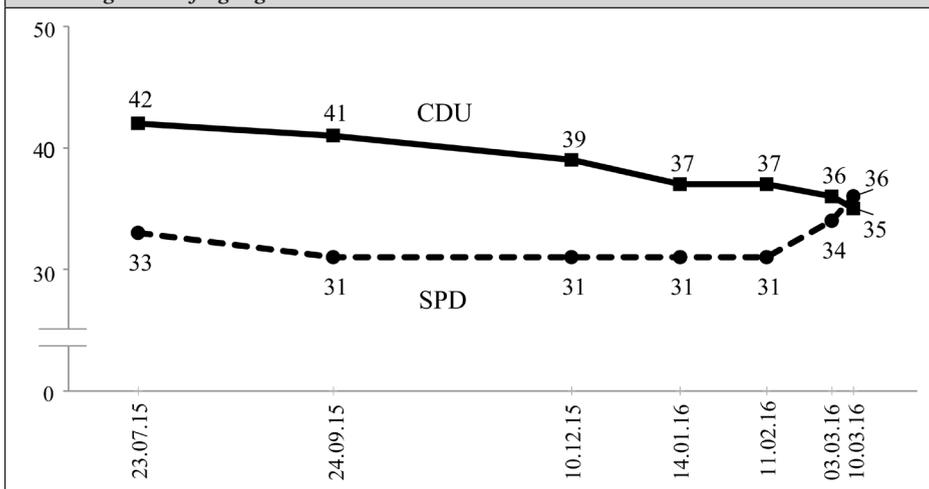
20 Vgl. dies., SWR PoliTREND Rheinland-Pfalz September 2015, Berlin 2015.

21 Vgl. „Klöckner führt ihre Partei in den Wahlkampf“, 19. September 2015, in: swr.de vom 19. September 2015, <http://www.swr.de/landesschau-aktuell/rp/cdu-landesparteitag-in-frankenthal-kloeckner-fuehrt-ihre-partei-in-den-wahlkampf/-/id=1682/did=16174332/nid=1682/h3fcci/> (Abruf am 21. September 2015).

22 Vgl. „Plan A2“, [https://www.cdurlp.de/sites/www.cdu-rlp.de/files/docs/plana2\\_dokument.pdf](https://www.cdurlp.de/sites/www.cdu-rlp.de/files/docs/plana2_dokument.pdf) (Abruf am 20. Februar 2016).

23 Vgl. *Thomas Holl*, Klöckners Kursänderungen, in: FAZ vom 23. Februar 2016, S. 4; *Julia Klöckner*, Zutrauen! Ideen statt Ideologien – was mir in der Politik wichtig ist, Freiburg 2015, S. 154 f.

Abbildung 1: Umfrageergebnisse von SPD und CDU



Quelle: Da ARD/Infratest dimap in der Woche vor dem Wahltermin keine Umfrageergebnisse mehr veröffentlicht, Umfragen bis zum 3. März 2016: Infratest dimap, SWR PoliTREND, <http://www.infratest-dimap.de/umfragenanalysen/bundeslaender/rheinland-pfalz/sonntagsfrage/>; Umfrage vom 10. März 2016: Forschungsgruppe Wahlen e.V., Politbarometer-Extra Rheinland-Pfalz März II, [http://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer-Extra/PBExtra\\_BaWue\\_\\_RLP\\_\\_SaAn\\_Maerz\\_II\\_2016/](http://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer-Extra/PBExtra_BaWue__RLP__SaAn_Maerz_II_2016/) (Abruf jeweils am 30. Juni 2016).

schen Flüchtlingspolitik und versuchte mit der Bezeichnung „Plan A2“ (statt „Plan B“) das Vorhaben nicht als Gegenmodell zur Kanzlerin erscheinen zu lassen. Diese Doppelstrategie ging jedoch nicht auf. Im weiteren Verlauf des Wahlkampfes verlor die CDU weiter an Rückhalt, und die SPD legte zu (vgl. Abbildung 1).

Die SPD setzte in den letzten Wochen vor der Wahl auf eine konsequente Personalisierung und einen „Haltungswahlkampf“ gegenüber der AfD. Dazu gehörte auch die Weigerung *Dreyers*, in einer „Elefantenrunde“ gemeinsam mit dem AfD-Spitzenkandidaten aufzutreten. Dies stieß zwar auch in SPD-Reihen auf Kritik, wurde aber der Konzentration auf die Gallionsfigur *Dreyer* untergeordnet. Mit dem Wahlkampfeslogan „*Malu*“ sammelte sich der Wahlparteitag hinter der Ministerpräsidentin: „Sie wird verehrt, ihr wird gehuldigt.“<sup>24</sup>

In der Fernsehdebatte mit *Dreyer* am 1. März 2016 lag die CDU-Herausforderin deutlich hinten. In einer Umfrage von Infratest dimap nach dem Duell fanden 32 Prozent aller Befragten *Malu Dreyer* „insgesamt überzeugender“, lediglich elf Prozent sahen *Klöckner* vorn. 14 Prozent äußerten spontan, dass sie keine der beiden überzeugt habe. Während die SPD-Anhänger eindeutig von ihrer Kandidatin überzeugt waren (56 Prozent), sah das CDU-Lager keine der beiden eindeutig vorn (22 zu 22; 18 Prozent keine von beiden).<sup>25</sup>

Im Wahlprogramm der Grünen war der Ausbau der erneuerbaren Energien weiterhin eine der zentralen Forderungen. Sie zogen mit Wirtschaftsministerin *Eveline Lemke* und dem

24 *Susanne Höll* / *Josef Kelnberger*, Rot macht mobil, in: SZ vom 25. Januar 2016, S. 5; vgl. auch *Michael Konrad*, Offen, sozial, sicher, in: Die Rheinpfalz vom 24. Januar 2016, S. 4.

25 Vgl. Infratest dimap, Telefonische Bevölkerungsumfrage vom 2. März 2016, Repräsentative Zufallsauswahl, 498 Befragte.

Fraktionsvorsitzenden *Daniel Köbler* als Spitzenkandidaten in die heiße Wahlkampfphase. Allerdings blieben sich Unternehmen beziehungsweise Verbände und die grüne Wirtschaftsministerin fremd. Zusätzliches wirtschaftspolitisches Sachvertrauen in der Bevölkerung konnte sie sich ebenfalls nicht erarbeiten. *Lenke* vermochte allerdings ihre eigenen Popularitätswerte gegenüber 2011 deutlich zu steigern. Am Ende des Wahlkampfes sorgten die Grünen mit einem Papier zur Begrenzung der Flüchtlingszuwanderung für Irritationen.<sup>26</sup>

Mit dem früheren Bundestagsabgeordneten *Volker Wissing* als Spitzenkandidaten versuchten die Liberalen, die Rückkehr in den Landtag zu schaffen. Der Jurist und Winzersohn, bis 2013 Vorsitzender des Finanzausschusses im Bundestag, hatte versucht, auch ohne Parlamentsvertretung den Kontakt zu traditionellen FDP-Wählergruppen zu halten. Die FDP setzte inhaltliche Schwerpunkte bei der frühkindlichen Bildung, der Wirtschaftsförderung und Investitionen in Straßen sowie die digitale Infrastruktur und forderte darüber hinaus ein Zuwanderungsgesetz.<sup>27</sup>

Inhaltlicher Schwerpunkt der AfD war die Flüchtlingspolitik. Der Landesvorsitzende und Spitzenkandidat *Uwe Junge* sprach sich für eine Schließung und Sicherung der Grenzen aus. Nach seiner Ansicht lag „die aktuelle Obergrenze (...) bei Null“<sup>28</sup>. Darüber hinaus setzte sich die AfD für eine Rückkehr zum dreigliedrigen Schulsystem, eine Einstellung der Förderung erneuerbarer Energien und eine Förderung der Atomforschung sowie für mehr Polizisten und bessere Straßen ein. Eine Gleichstellung homosexueller Paare bei der Ehe und eine Adoption von Kindern durch homosexuelle Paare lehnte die AfD in ihrem Wahlprogramm ab.<sup>29</sup> Parallel zu den steigenden Flüchtlingszahlen legte die Partei in der Wählergunst stetig zu: Während für sie im Juli 2015 noch drei Prozent in den Umfragen gemessen wurde, verdreifachte sich ihr Anteil bis Anfang 2016 auf neun Prozent.<sup>30</sup> Der Berufsoffizier *Junge* hatte indes mit großen Bekanntheitsdefiziten zu kämpfen und bekam für seine politische Arbeit dreimal mehr kritische als positive Bewertungen.

Nach fünf Jahren Rot-Grün stellten die Rheinland-Pfälzer der Landesregierung ein gutes Zeugnis aus. Mit 61 Prozent lag die Leistungsbewertung des Mainzer Kabinetts in der Woche vor der Wahl besser als die der SPD-Alleinregierung von *Kurt Beck* vor dem letzten Urnengang. Der Blick auf die Landesregierung spiegelte in Teilen die positive wirtschaftliche Stimmung im Bundesland. Acht von zehn Wahlberechtigten (77 Prozent; +10 im Vergleich zu 2011) waren zufrieden mit der Lage im Bundesland, deutlich mehr als 2011. Jeder zweite Wahlberechtigte sprach sich für die Fortsetzung der SPD-Regierungstradition (49 Prozent) in Rheinland-Pfalz aus. Trotz guter wirtschaftlicher Situation zeigte sich dennoch ein erkennbarer Teil der Rheinland-Pfälzer beunruhigt. So blickte gut die Hälfte (56 Prozent) zwar mit Zuversicht auf die Verhältnisse im Bundesland, vier von zehn (38 Prozent) aber sahen Anlass zur Sorge. Ein wesentlicher Grund lag in der aktuellen politischen Agenda, die stark von der Migrations- und Flüchtlingsthematik bestimmt war. Unmittelbar vor dem Urnengang erkannten die Bürger in den Flüchtlingen mehrheitlich keine Bedro-

26 Vgl. *Timo Frasch*, Viel Grau bei den Grünen, in: FAZ vom 27. Februar 2016, S. 4; *Susanne Höll*, Mainzer Zünglein, in: SZ vom 26. Februar 2016, S. 6.

27 Vgl. *Susanne Höll*, Der Liberale mit den leisen Tönen, in: SZ vom 17. Februar 2016, S. 5.

28 *Karin Dauscher*, Profiteure der Angst, in: Die Rheinpfalz vom 21. Februar 2016, S. 4.

29 „Wahlprogramm des Landesverbandes Rheinland-Pfalz der Alternative für Deutschland zur Landtagswahl 2016“, Mainz 2016.

30 Vgl. Infratest dimap, Sonntagsfrage Rheinland-Pfalz, <http://www.infratest-dimap.de/umfragenanalysen/bundeslaender/rheinland-pfalz/sonntagsfrage/> (Abruf am 24. Juni 2016).

hung (60 Prozent) und sahen sie eher als Bereicherung für die Gesellschaft (56 Prozent). Zugleich aber bestanden erkennbare Ängste: Befürchtet wurden von den Wahlberechtigten vor allem eine größere Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt (57 Prozent), ein zu starker Einfluss des Islams in Deutschland (53 Prozent) sowie steigende Kriminalität (52 Prozent). Umso beunruhigender für alle Parteien war es, dass in Rheinland-Pfalz der Eindruck überwog, die etablierten Parteien würden die Zuwanderungssorgen der Bürger momentan nicht ernst nehmen (55 Prozent).

Insgesamt warben 14 Parteien um die Stimmen der Wähler, zwei mehr als 2011. Neben den im Parlament vertretenen Parteien waren dies unter anderem die FDP, die Linke, die AfD, die Freien Wähler, die NPD, die Republikaner, ALFA und die ÖDP.

### 3. Das Wahlergebnis<sup>31</sup>

Ähnlich wie 2011 ergeben sich auch diesmal einige historische Besonderheiten aus dem Wahlergebnis. War Rheinland-Pfalz vor fünf Jahren das einzige Bundesland mit einem Dreiparteiensystem, sind nun erstmals in der rheinland-pfälzischen Wahlgeschichte fünf Parteien im Mainzer Landtag vertreten. Auch einige Ergebnisse der Parteien markieren Rekordstände.

Stärkste politische Kraft an Rhein und Mosel bleibt die SPD, die ihren Stimmenanteil geringfügig um 0,5 Punkte auf 36,2 Prozent ausbauen konnte (vgl. Tabelle 1). Vor dem Hintergrund, dass die Sozialdemokraten in den Umfragen erst kurz vor dem Urnengang zur CDU aufschließen konnten, fühlte sich dieses Ergebnis für die SPD wie ein großer Sieg an – auch deshalb, weil sie die CDU mit deutlich größerem Abstand als erwartet hinter sich lassen konnte. Da 2016 nur 7,8 Prozent der Stimmen wegen der Fünfprozenthürde nicht berücksichtigt wurden, verfügt die SPD-Fraktion trotz Stimmenzuwachs jedoch nur noch über 39 der insgesamt 101 Sitze, drei weniger als bisher. Mit einem Wähleranteil von 31,8 Prozent fiel die CDU auf ihr schlechtestes Landtagswahlergebnis in Rheinland-Pfalz zurück und musste sich zum sechsten Mal in Folge mit dem zweiten Platz zufrieden geben. Sie vereinte zwar rund 19.000 Stimmen mehr auf sich als vor fünf Jahren; wegen der höheren Wahlbeteiligung bedeutete dies dennoch einen Rückgang um 3,4 Prozentpunkte. Das Rekordtief handelte *Julia Klöckner* noch am Wahlabend den Vorwurf „Die ist ja noch schlechter als Böhr“<sup>32</sup> ein. Gleichwohl war es der christdemokratischen Spitzenkandidatin gelungen, mehr Stimmen für ihre Partei zu holen als bei allen drei Landtagswahlen zuvor: In absoluten Stimmen war es das beste CDU-Ergebnis seit 2001 (2001: 647.238, 2006: 574.329, 2011: 658.474, 2016: 677.507). Die Christdemokraten stellen nun 35 Abgeordnete, sechs weniger als zuvor.

Die Ergebnisse der beiden Großparteien machen deutlich, dass die Bindungskraft der Volksparteien zunehmend schwindet: Erstmals in der rheinland-pfälzischen Landtagswahlgeschichte binden SPD und CDU zusammen weniger als 70 Prozent der Wähler.

31 Mit der Erststimme („Wahlkreisstimme“) wird der Wahlkreis kandidat in 51 Wahlkreisen gewählt, mit der Zweitstimme („Landesstimme“) eine Landes- oder Bezirksliste einer Partei. Bis auf Freie Wähler traten alle Parteien mit Landeslisten an. An der Sitzverteilung nehmen nur die Parteien teil, die landesweit mindestens fünf Prozent der gültigen Zweitstimmen erhalten haben.

32 *Detlef Esslinger*, Julia Klöckners trauriger Triumph, in: SZ vom 15. März 2016, S. 6.

Tabelle 1: Ergebnis der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz am 13. März 2016

	Absolut			Prozent		
	2016	2011	Differenz 2016 zu 2011	2016	2011	Differenz 2016 zu 2011
Wahlberechtigte	3.071.972	3.088.199	-16.227	–	–	–
Nichtwähler	910.466	1.179.465	-268.999	29,6	38,2	-8,6
Wähler	2.161.506	1.908.734	+252.772	70,4	61,8	+8,6
Zweitstimme						
Ungültige Stimmen	30.885	40.547	-9.662	1,4	2,1	-0,7
Gültige Stimmen	2.130.621	1.868.187	+262.434	98,6	97,9	+0,7
SPD	771.848	666.817	+105.031	36,2	35,7	+0,5
CDU	677.507	658.474	+19.033	31,8	35,2	-3,4
Grüne	113.261	288.489	-175.228	5,3	15,4	-10,1
FDP	132.294	79.343	+52.951	6,2	4,2	+2,0
Linke	59.970	56.054	+3.916	2,8	3,0	-0,2
Freie Wähler	47.924	43.348	+4.576	2,2	2,3	-0,1
Piraten	16.708	29.319	-12.611	0,8	1,6	-0,8
NPD	10.565	20.586	-10.021	0,5	1,1	-0,6
REP	5.090	15.600	-10.510	0,2	0,8	-0,6
ÖDP	8.623	6.997	+1.626	0,4	0,4	±0,0
Alfa	13.154	–	+13.154	0,6	0,0	+0,6
AfD	268.628	–	+268.628	12,6	0,0	+12,6
III. Weg	1.944	–	+1.944	0,1	0,0	+0,1
Einheit	3.105	–	+3.105	0,1	0,0	+0,1
2016 nicht angetreten	–	3.160	-3.160	–	0,2	-0,2

Quelle: Landeswahlleiter, <http://www.wahlen.rlp.de/ltw/wahlen/2016/land/index.html> (Abruf am 30. Juni 2016).

Mit 12,6 Prozent wurde die AfD aus dem Stand drittstärkste Partei vor den Grünen und der FDP. Dies markiert den größten Zuwachs, den eine Partei bisher in Rheinland-Pfalz zu verzeichnen hatte.<sup>33</sup> Die „Alternative für Deutschland“ verfügt über 14 Sitze und ist somit stärker als Liberale und Grüne zusammen. Ebenfalls als Wahlgewinner konnte sich die FDP fühlen, die mit einem Stimmenanteil von 6,2 Prozent (+2,0 Punkte) wieder im Landtag vertreten ist und nun sieben Abgeordnete stellt. Gleichwohl bedeutet dies das zweit-schlechteste Ergebnis der letzten 30 Jahre für die Liberalen. Die Grünen erlitten Rekordeinbußen und fielen auf den fünften Platz zurück, sicherten sich mit 5,3 Prozent jedoch knapp den Einzug in den Landtag. Ihre Fraktion ist um zwei Drittel auf nur noch sechs Mandate geschrumpft. Bemerkenswert für die Grünen ist der, für eine kleinere Partei unübliche, Erststimmenüberhang. Grund dürfte der Wunsch ihrer Anhänger gewesen sein, dass die SPD wieder stärkste Partei vor der CDU wird und dafür *Malu Dreyer* als zukünftige Ministerpräsidentin zu stärken. Die Linke scheiterte mit 2,8 Prozent erneut deutlich an der Fünfprozenthürde. Gleiches gilt für die Freien Wähler (2,2 Prozent). Sowohl die Piratenpartei (0,8 Prozent) als auch die rechtsextremen Parteien NPD (0,5 Prozent) und Republikaner

33 Bisher hielten die Grünen diesen Rekordwert bei der Landtagswahl 2011 (+10,8 Punkte).

(0,2 Prozent) verloren Stimmen und fielen bei dieser Wahl in die Bedeutungslosigkeit (vgl. Tabelle 1).

Die teils massiven Verluste und Gewinne bewirken, dass die Volatilität 2016 fast das Rekordniveau der Landtagswahl 2011 erreicht.

### 3.1. Wahlbeteiligung

Ähnlich wie vor fünf Jahren mit der Atomkatastrophe in Fukushima sorgte mit der Flüchtlingsthematik erneut ein emotional aufgeladenes Thema für eine steigende Wahlbeteiligung. Hinzu kam die auf die beiden Spitzenkandidatinnen von SPD und CDU zugespielte Auseinandersetzung, deren als knapp wahrgenommener Ausgang zusätzlich mobilisierte. Insgesamt beteiligten sich rund 250.000 Wahlberechtigte mehr als 2011 an der Wahl des neuen Landtags. Dies entspricht einem Anstieg um 8,6 Punkte – der zweithöchste Zuwachs in der Wahlgeschichte des Landes. Die Beteiligungsrate von 70,4 Prozent ist die höchste seit 20 Jahren. Der Trend sinkender Wahlbeteiligung ist damit gebrochen, aber ob es sich dabei um eine Umkehr handelt, erscheint mehr als fraglich. Davon konnten fast alle relevanten Parteien profitieren – mit Ausnahme der Grünen, die rund 175.000 Stimmen weniger auf sich vereinen als bei der vorhergehenden Wahl. Parallel zur Wahlbeteiligung wuchs der Anteil der Briefwähler<sup>34</sup> auf 30,6 Prozent. Im Vergleich zu 2011 ist dies ein Anstieg um 6,3 Punkte, im Vergleich zur Landtagswahl 2006 nahezu eine Verdoppelung.<sup>35</sup>

### 3.2. Wählerwanderung<sup>36</sup>

Auf Basis der Wählerwanderung können auf individueller Ebene Wählerströme nachgezeichnet werden.<sup>37</sup> Hier zeigt sich, dass die AfD am stärksten von der gestiegenen Wahlbeteiligung profitierte: Per Saldo gelang ihr die Mobilisierung von rund 80.000 ehemaligen Nichtwählern. Daneben gewann die Partei aus allen politischen Richtungen: Dazu gehören vor allem ehemalige Wähler der CDU (+50.000), der SPD (+37.000) und von Kleinst- und Splitterparteien (+45.000).

Die Sozialdemokraten gewannen im Saldo etwa genauso viele Wähler von den Grünen (+90.000), wie sie 2011 an sie verloren hatten. Daneben trug auch die Mobilisierung ehemaliger Nichtwähler (+54.000) zum SPD-Wahlerfolg bei.

34 Anteil der Wähler, die bereits vor dem Wahlsonntag ihre Stimme per Post oder auf dem Wahlamt abgegeben haben, an allen Wählern.

35 Vgl. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Landtagswahl 2016, Teil 1: Analyse der Ergebnisse in der Wahlnacht, Bad Ems 2016, S. 14.

36 Die Analysen zur Wählerwanderung, zu Wahlverhalten in Bevölkerungsgruppen und zu Wahlmotiven stützen sich – wenn nicht anders ausgewiesen – auf eine Exit-Poll von Infratest dimap in 196 repräsentativ ausgewählten Stimmbezirken. Dabei wurden das Stimmverhalten, das Alter und das Geschlecht von insgesamt 23.815 Wählern erhoben. 3.735 Wähler wurden ferner zu den Themen und Motiven ihrer Wahlentscheidung sowie zu weitergehenden sozialstrukturellen Merkmalen befragt. Da in der Exit-Poll Briefwähler nicht berücksichtigt sind, wurden die Ergebnisse nach dem Endergebnis gewichtet, so dass Aussagen über die Gesamtheit der Wählerschaft getroffen werden können.

37 Für eine detaillierte Darstellung der Wanderungsbewegungen siehe Infratest dimap, Wahlreport, Landtagswahl Rheinland-Pfalz 2016, Berlin 2016, S. 31 – 43.

Der CDU gelang ebenfalls ein positiver Austausch mit dem Nichtwählerlager (+58.000). In der Parteienkonkurrenz weist sie gegenüber den Grünen und auch der SPD eine positive Bilanz auf; dem stehen aber Verluste an die FDP und vor allem an die AfD gegenüber. Hinzu kommt ein deutlicher Rückgang aufgrund der Überalterung ihrer Wählerschaft (-36.000), also der Tatsache, dass mehr ehemalige CDU-Wähler verstorben sind, als Erstwähler gewonnen werden konnten.

Die Grünen waren die einzige der relevanten Parteien, die trotz deutlich gestiegener Wahlbeteiligung im Saldo Stimmen an das Nichtwählerlager abgegeben haben. Sie verloren Wähler an alle politischen Wettbewerber. Nach Fukushima hatten die Grünen 2011 viele Wähler hinzugewonnen, die sich nun zu großen Teilen wieder neu orientiert haben. Die Liberalen verdanken ihren Einzug in den Landtag neben früheren Nichtwählern (+20.000) vor allem einem lagerübergreifenden Zustrom aus Richtung der CDU (+13.000) und der Grünen (+12.000).

### 3.3. Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht

Nachdem die SPD bei der Landtagswahl vor fünf Jahren in fast allen Altersgruppen zweistellige Verluste zu verkraften hatte, vermochte sie 2016 ihr Ergebnis in den verschiedenen Altersgruppen meist zu halten oder leicht auszubauen. Dahinter verbirgt sich allerdings ein gegensätzlicher Trend zwischen den Geschlechtern, denn die SPD ist mit ihrer Ministerpräsidentin *Dreyer* die Partei der Rheinland-Pfälzerinnen geworden. Insgesamt 40 Prozent der Frauen haben ihr Kreuz bei den Sozialdemokraten gemacht, was diesen einen Vorsprung von acht Punkten gegenüber der CDU bescherte. Während die SPD bei den Frauen in allen Altersgruppen zulegte, verlor sie bei den Männern fast durchgängig und lag dort in der Summe nur noch knapp vor den Christdemokraten.

Die *Klößner*-Partei schnitt zwischen den Geschlechtern ausgeglichener ab. Der CDU-Anteil nahm mit steigendem Alter zu. Die Christdemokraten haben weiterhin ihren Schwerpunkt bei den älteren Wählern über 60 Jahren – insbesondere bei den über 70-Jährigen mit 44 Prozent. Dies ist auch die einzige Altersgruppe, in der die SPD nicht stärkste Partei wurde (vgl. Tabelle 2).

Nachdem die Grünen bei der letzten Landtagswahl meist zweistellige Stimmenanteile hinzugewinnen konnten, verloren sie nun wieder in ähnlichem Umfang. Nur bei Jungwählern von 18 bis 24 Jahren schnitten sie noch zweistellig ab. In Rheinland-Pfalz findet man das typische Muster: Frauen wählten häufiger die Grünen als Männer. Bei der FDP ist es umgekehrt: Frauen wählten die FDP seltener als Männer. Insgesamt verzeichnete die FDP in allen Altersgruppen gleichmäßige Zugewinne und zeigt ein sehr ausgeglichenes Altersprofil. Anders die Linkspartei, die bei den jüngeren Wählern unter 24 Jahren doppelt so gut abschnitt wie bei den älteren. Weil sie bei den über 60-Jährigen aber nur zwei Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnte, reichte der Rückhalt bei den Jüngeren nicht für das Überspringen der Sperrklausel aus.

Die AfD weist eine deutlich höhere Akzeptanz bei den Männern aus: Dort erreichte sie 15 Prozent, während sie bei den Frauen nur neun Prozent der Zweitstimmen erreichen konnte. Dieses Muster – der Anteil AfD-Wähler unter den Männern ist etwa 1,5 mal so hoch wie unter den Frauen – fand sich schon bei der Bundestagswahl 2013, der Europawahl 2014 sowie allen darauffolgenden Landtagswahlen. Ihre besten Ergebnisse erzielte die

Tabelle 2: Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht 2016 und Veränderungen gegenüber 2011

	SPD		CDU		Grüne		FDP		Linke		AfD
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	
Wahlergebnis	36,2	+0,5	31,8	-3,4	5,3	-10,1	6,2	+2,0	2,8	-0,2	12,6
Alter											
18 bis 24 Jahre	34	+1	23	-3	10	-11	6	+2	6	+1	13
25 bis 34 Jahre	31	±0	26	-3	8	-12	6	+1	5	+2	16
35 bis 44 Jahre	32	-1	30	-2	7	-15	6	+2	3	+1	16
45 bis 59 Jahre	37	+1	29	-2	6	-13	6	+2	3	-1	14
60 Jahre und älter	41	±0	38	-7	3	-4	7	+3	2	±0	8
Geschlecht											
Frauen	40	+3	32	-3	6	-11	6	+2	3	±0	9
18 bis 24 Jahre	38	+4	23	-2	12	-12	4	+1	4	±0	9
25 bis 34 Jahre	36	+5	26	-4	10	-12	6	+1	4	+1	11
35 bis 44 Jahre	36	+4	30	-1	8	-17	5	+1	3	+1	12
45 bis 59 Jahre	41	+4	29	-3	6	-15	6	+3	3	-0	10
60 Jahre und älter	42	+1	39	-6	3	-4	6	+3	2	±0	6
Männer	33	-2	31	-3	5	-9	7	+2	3	-1	15
18 bis 24 Jahre	30	-2	22	-3	8	-10	8	+3	6	+2	17
25 bis 34 Jahre	26	-4	27	-3	6	-11	7	+1	6	+2	20
35 bis 44 Jahre	28	-5	29	-2	6	-12	7	+2	3	±0	20
45 bis 59 Jahre	33	-3	30	-1	6	-12	6	+1	3	-2	17
60 Jahre und älter	39	±0	37	-7	2	-4	7	+2	2	-1	10

Quelle: Exit-Polls von ARD/Infratest dimap. Vgl. Infratest dimap, a.a.O. (Fn. 37), S. 54.

Partei in den Altersgruppen von 25 bis 44 Jahren – bei den Männern in diesen Alterskohorten überzeugte sie sogar jeden fünften Wähler.

### 3.4. Wahlverhalten nach Bildung und Beruf

Die rheinland-pfälzische SPD ist nach wie vor die Partei der „einfachen Leute“. Bei Wählern mit niedrigem Bildungsabschluss schnitten die Sozialdemokraten am besten ab und vermochten dort ihren Wählerrückhalt etwas auszubauen (vgl. Tabelle 3). Allerdings kam sie nur noch bei Rentnern auf einen Stimmenanteil von über 40 Prozent – bei Arbeitern und Arbeitslosen verlor sie deutlich, vor allem wegen der Konkurrenz durch die AfD. Die „Alternative für Deutschland“ überzeugte in den beiden Gruppen rund jeden vierten Wähler, ist dort zweitstärkste Kraft und liegt bei Arbeitslosen fast gleichauf mit der SPD. Darüber hinaus hatte die AfD ihren Schwerpunkt bei Wählern mit mittlerem Bildungsabschluss.

Die Anteilsverluste der CDU betrafen so gut wie alle Wählergruppen, insbesondere aber formal niedrig Gebildete sowie Arbeiter, Arbeitslose und Rentner. Überdurchschnittlich erfolgreich war sie wie zuvor bei Selbständigen, Beamten und Rentnern.

Die herben Verluste der Grünen betrafen alle Bildungs- und Berufsgruppen, besonders aber traditionell den Grünen zugewandte Wähler wie höher Gebildete, Angestellte, Beamte

**Tabelle 3: Wahlverhalten in Bevölkerungsgruppen 2016 und Veränderungen gegenüber 2011**

	SPD		CDU		Grüne		FDP		Linke		AfD
	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%	Diff.	%
Wahlergebnis	36,2	+0,5	31,8	-3,4	5,3	-10,1	6,2	+2,0	2,8	-0,2	12,6
Bildung*											
hoch	34	+4	32	+1	8	-16	9	+3	3	+1	9
mittel	33	-3	31	-6	5	-10	5	+2	3	±0	18
niedrig	44	+2	31	-8	2	-5	4	±0	2	-2	12
Tätigkeit											
Arbeiter	36	-8	22	-6	4	-8	3	-1	4	-2	24
Angestellte	36	+2	30	-1	7	-14	6	+2	3	±0	12
Beamte	29	+2	41	-1	6	-12	11	+5	2	+2	6
Selbständige	23	+2	46	+4	6	-12	13	+4	1	-3	9
Rentner	41	+2	36	-8	2	-5	6	+2	2	±0	11
Arbeitslose	29	-8	18	-16	7	-3	5	+3	5	-8	27
Konfession											
Evangelisch	42	-1	26	-2	5	-9	6	+1	3	±0	12
Katholisch	33	+2	41	-4	4	-9	6	+2	2	±0	10
keine/andere	36	+2	18	-3	8	-18	7	+4	5	-1	19

Anmerkung: \* hoch = Abitur/Hochschule/Universität; mittel = Mittel-/Realschule; niedrig = kein Abschluss/Volks-/Hauptschule.  
 Quelle: Exit-Polls von ARD/Infratest dimap. Vgl. Infratest dimap, a.a.O. (Fn. 37), S. 54.

und Selbständige. Wie die Grünen haben auch die Liberalen einen Schwerpunkt bei hoch gebildeten Wählern. Die FDP legte bei Selbständigen, Beamten sowie höher Gebildeten am stärksten zu und ist hier auch vergleichsweise am erfolgreichsten. Die Linke vermochte in keiner Bildungsgruppe an die Fünfprozentmarke heranzureichen. Darüber hinaus fielen ihre Verluste bei Arbeitslosen besonders deutlich aus – hier machte der Linken, so wie der SPD, die Konkurrenz der AfD zu schaffen.

### 3.5. Wahlverhalten nach Konfessionszugehörigkeit

Mit seiner „stark ausgeprägten dörflich-kleinstädtischen Siedlungsstruktur“<sup>38</sup> und seiner überwiegend katholischen Bevölkerung bietet Rheinland-Pfalz, stärker noch als Baden-Württemberg, günstige Rahmenbedingungen für die Christdemokraten. Trotz zurückgehender Kirchenbindung (von 44,9 Prozent 2010<sup>39</sup> auf 43,1 Prozent 2014<sup>40</sup>) ist die Stärke

38 Gerd Mielke, Cleavage-Strukturen und ihre Kultivierung, Regionale politische Kultur in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, in: Nikolaus Werz / Martin Koschkar (Hrsg.), a.a.O. (Fn. 9), S. 165 – 188, S. 172.

39 Vgl. Deutsche Bischofskonferenz, Bevölkerung und Katholiken nach Bundesländern 2010, [http://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/Zahlen\\_und\\_Fakten/Kirchliche\\_Statistik/Bevoelkerung\\_und\\_Katholiken\\_BL/2010\\_Bevoelkerung\\_Katholiken\\_Laender.pdf](http://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/Zahlen_und_Fakten/Kirchliche_Statistik/Bevoelkerung_und_Katholiken_BL/2010_Bevoelkerung_Katholiken_Laender.pdf) (Abruf am 24. Juni 2016).

40 Vgl. dies., Bevölkerung und Katholiken nach Bundesländern 2014, [http://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/Zahlen\\_und\\_Fakten/Kirchliche\\_Statistik/Bevoelkerung\\_und\\_Katholiken\\_BL/2014-Tabelle-Bevoelkerung-Katholiken-Laender.pdf](http://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/Zahlen_und_Fakten/Kirchliche_Statistik/Bevoelkerung_und_Katholiken_BL/2014-Tabelle-Bevoelkerung-Katholiken-Laender.pdf) (Abruf am 24. Juni 2016).

der CDU bei katholischen Wählern nach wie vor deutlich erkennbar: Mit einem Stimmenanteil von 41 Prozent war sie dort doppelt so stark wie bei konfessionell nicht gebundenen Wählern. Katholiken, die regelmäßig zur Kirche gehen, votierten sogar zu 63 Prozent für die Christdemokraten. Wer „ab und zu“ katholische Gottesdienste besucht, entscheidet sich immerhin noch zu 45 Prozent für die CDU.<sup>41</sup> Der Einfluss der Konfession auf das Wahlverhalten zeigt sich auch auf aggregierter Ebene: Die CDU erzielte in Regionen mit hohem Katholikenanteil ein um 6,3 Punkte besseres Ergebnis als im Durchschnitt.<sup>42</sup> Die SPD hat weiterhin ihren Schwerpunkt bei der protestantischen Wahlbevölkerung. Ähnlich gilt dies für die Grünen bei den Konfessionslosen, wo sie trotz besonders starker Verluste immer noch am besten abschnitten. Die AfD konnte ebenfalls deutlich überdurchschnittlich bei den Konfessionslosen mobilisieren und wurde dort sogar knapp zweitstärkste Partei vor der CDU.

### 3.6. Wahlverhalten nach Regionen

Die Sozialdemokraten wurden in 36 der 51 Wahlkreise stärkste Kraft mit dem höchsten Landesstimmenanteil – vor fünf Jahren waren es 28 Wahlkreise gewesen. Mit Blick auf die dortigen Veränderungen fielen die Ergebnisse nicht durchgängig positiv aus: Die SPD-Landesstimmenanteile stiegen nur in etwa der Hälfte der Wahlkreise. Den größten Zugewinn erlebte die Partei in den Wahlkreisen Mainz I (hier büßten die Grünen 17 Punkte ein) und Mainz II, die größten Verluste im Wahlkreis Zweibrücken. In nur noch fünf Wahlkreisen erreichte die SPD mehr als 40 Prozent der Stimmen. Bei der letzten Wahl waren es noch elf, darunter viele in der Westpfalz. In dieser Region erlitten die Sozialdemokraten auch die größten Verluste. Demgegenüber fielen die SPD-Gewinne besonders deutlich im Raum Trier-Mosel, in der Eifel und in Rheinhessen aus. Mit Ausnahme der katholisch geprägten Eifel sind es diese Regionen sowie der Hunsrück, in denen die SPD am besten abschnitt.

Die CDU-Landesstimmenanteile gingen in 49 Wahlkreisen zurück, so dass sich die Union in nur noch 14 Wahlkreisen vor der SPD platzierte, neun weniger als 2011. Die Verluste in fast allen Wahlkreisen sind allerdings nur relativ, denn in 32 Wahlkreisen bekam die CDU sogar mehr Zweitstimmen als vor fünf Jahren. Prozentual verlor sie in allen Regionen. In der Eifel war sie vergleichsweise am erfolgreichsten, im Raum Ludwigshafen (hier erzielte die AfD ihre besten Ergebnisse) musste sie die größten Verluste einstecken und kam auf ihr schlechtestes Ergebnis.

Der AfD gelang es aus dem Stand heraus, in allen Wahlkreisen einen Zweitstimmenanteil über fünf Prozent zu erreichen. In 37 Wahlkreisen schnitt die Partei sogar zweistellig ab, am besten in Ludwigshafen am Rhein II mit 20,7 Prozent. Im Raum Ludwigshafen insgesamt hatte sie auch ihren regionalen Schwerpunkt. Hinzu kam die Rhein- und die Westpfalz. Einstellig und damit unterdurchschnittlich blieben die Ergebnisse der AfD im Raum Trier-Mosel und in der Eifel. Die Landesstimmenanteile der Liberalen stiegen in 50 Wahlkreisen. In 48 Wahlkreisen übersprang die FDP die Fünfprozentmarke, 2011 waren es nur acht. Den größten Zugewinn erreichte sie im Wahlkreis Südliche Weinstraße, wo Spitzen-

41 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V., Landtagswahl in Rheinland-Pfalz 2016, Mannheim 2016, S. 38.

42 Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, a.a.O. (Fn. 35), S. 50.

kandidat *Wissing* antrat. Nur in Zweibrücken sank sie entgegen dem Landestrend. Regionale FDP-Schwerpunkte bestanden noch am ehesten in der Rheinpfalz und der Eifel, die Unterschiede blieben aber eher gering. Im Unterschied zur FDP gingen die Landesstimmenanteile der Grünen in allen 51 Wahlkreisen zurück. Besonders deutlich fielen die Verluste im Raum Rheinhessen aus. Den größten Einbruch musste die Partei in Mainz I und Mainz II mit einem Minus von 17,0 beziehungsweise 15,5 Punkten einstecken. In nur noch 23 Wahlkreisen erreichten die Grünen einen Landesstimmenanteil von mehr als fünf Prozent – fünf Jahre zuvor gelang ihnen das noch flächendeckend. Ihre besten Ergebnisse erzielten sie in den urbanen Universitätsstädten mit den Wahlkreisen Mainz I und Trier.

### 3.7. Bewertung der Parteien

Der Vorwurf mangelnder Responsivität gegenüber den Sorgen der Bürger angesichts der Zuwanderung hatte auch Auswirkungen auf die inhaltliche Beurteilung der rheinland-pfälzischen Parteien. Dies galt besonders für die Sicht auf die in Mainz und Berlin regierenden Sozialdemokraten. Wenn es darum ging, die Flüchtlingssituation in den Griff zu bekommen, vertraute nur jeder vierte Rheinland-Pfälzer (27 Prozent) der SPD. Jenseits der Flüchtlingspolitik genoss die SPD im Bundesland allerdings hohes Sachvertrauen. Dies traf auf den Einsatz für soziale Gerechtigkeit (49 Prozent) sowie auf die Familienpolitik (48 Prozent) zu, wo etwa die Hälfte im Bundesland auf die Sozialdemokraten setzte (vgl. Tabelle 4). Auf anderen Feldern sind die SPD-Kompetenzvorsprünge früherer Jahre in Rheinland-Pfalz jedoch verloren gegangen. Nur noch knapp konnten sich die Sozialdemokraten gegenüber der CDU in der Schul- und Bildungspolitik behaupten (38:35 Prozent). In der Arbeitsmarktpolitik lagen sie nur noch gleichauf mit den Christdemokraten (39:40 Prozent). In der Wirtschafts- (35:42 Prozent), aber auch in der Verkehrspolitik (31:35 Prozent) wurde der SPD im Unterschied zu 2011 weniger zutraut als der CDU. Bei der Bewältigung der wichtigsten Aufgaben fiel die Kompetenzzuschreibung zu ihren Gunsten nur unwesentlich besser aus als für die CDU (37:35 Prozent). Damit traten durchaus Verschleißerscheinungen nach 25 Jahren SPD-geführter Landesregierung zutage. Dies zeigte sich auch daran, dass 43 Prozent Zweifel daran hatten, dass die SPD nach den Skandalen früherer Jahre mittlerweile eine bessere Politik betreibt.

Die CDU befand sich bei dieser Wahl, ungeachtet der großen Sympathien der Bürger für *Malu Dreyer* und für eine SPD-geführte Landesregierung, mit der seit zweieinhalb Jahrzehnten regierenden SPD durchaus auf Augenhöhe. Grund dafür war ein verbessertes sachpolitisches Erscheinungsbild der *Klöckner*-CDU, vor allem in den Politikbereichen, die klassischerweise Domänen der Christdemokraten sind (vgl. Tabelle 4). Die rheinland-pfälzische Union lag nach längerer Zeit in der Wirtschafts- (42:35 Prozent) und Haushaltspolitik (42:33 Prozent) wieder deutlich vorn. Größere Vorteile sicherte sich die CDU darüber hinaus im Kompetenzurteil der Wahlberechtigten bei der inneren Sicherheit (37:31 Prozent) und lag in der Arbeitsmarktpolitik gleichauf mit der SPD (40:39 Prozent). Im Ergebnis wurde ein CDU-geführtes Kabinett mit 39 Prozent (+4) häufiger gewünscht als vor fünf Jahren. Wie die SPD bewegte sich auch die CDU in der Flüchtlingspolitik auf schwierigem Terrain. Hinsichtlich der Steuerung der Flüchtlingssituation schnitten die Christdemokraten in der Bewertung der Wahlberechtigten zwar etwas besser ab als die SPD, letztlich setzten hier aber auf die CDU ebenfalls nur drei von zehn Bürgern (30 Prozent). Der

rheinland-pfälzische Landesverband und seine Spitzenkandidatin sahen sich dabei mit einem möglicherweise wahlentscheidenden Wahlkampf-Dilemma konfrontiert: Einerseits bekundete etwa die Hälfte der Wahlberechtigten (55 Prozent) wie der aktuellen CDU-Anhänger (46 Prozent), mit der Position der Bundeskanzlerin in der Flüchtlingspolitik nicht einverstanden zu sein; andererseits wurde eine Distanzierung zur Kanzlerin und Bundespartei im Wahlkampf eher nicht gutgeheißen; so überwog im Bundesland die Haltung, *Klöckner* hätte sich mit ihren Absetzbewegungen in der Flüchtlingspolitik unfair gegenüber der Kanzlerin verhalten (50:38 Prozent). Die Mehrheit der CDU-Anhänger machte sich diese Position allerdings nicht zu Eigen (29:60 Prozent). Sie waren zudem eher der Überzeugung (80 Prozent), dass *Klöckner* die richtige Spitzenkandidatin für die CDU bei dieser Wahl sei. Dies sahen auch die Rheinland-Pfälzer insgesamt so (54:37 Prozent).

Die erstmals an einer Landesregierung beteiligten Grünen zogen nach fünf Jahren Regierungsarbeit in dem in weiten Teilen ländlich geprägten Bundesland bei den Wahlberechtigten mehr Kritik als Zustimmung auf sich (35:58 Prozent). Dennoch bestand der Wunsch nach ihrer erneuten Regierungsbeteiligung, allerdings auf leicht niedrigerem Niveau als 2011 (60 Prozent; -3 Punkte). Offensichtlich ließ die SPD dem kleineren Regierungspartner wenig Raum zur Entwicklung eines eigenständigeren Profils. Die Sachwahrnehmung der Grünen fiel in weiten Teilen nüchterner aus als vor dem Eintritt in die Landesregierung. Die Partei punktete erneut vor allem in der Umweltpolitik, wenn auch weniger deutlich als 2011 (51 Prozent; -7), als die Atomdebatte den Grünen zum Höhenflug verhalf. Auch auf anderen Feldern hatte die Kompetenzbewertung der Partei nachgelassen. Ihr sachliches wie personelles Erscheinungsbild schränkte ihr Wählerpotenzial bei dieser Wahl ein. Hinzu kam die Polarisierung zwischen den beiden großen Parteien mit dem *Dreyer-Klöckner*-Duell. In Erwartung eines Kopf-an-Kopf-Rennens zwischen SPD und CDU und von unübersichtlichen Kräfteverhältnissen im neuen Landtag war zum einen die Splittingbereitschaft von SPD-Wählern begrenzt. Zum zweiten waren Grünen-Wähler dadurch zur Unterstützung der Ministerpräsidentinnen-Partei SPD motiviert, um mit ihrem Votum eine christdemokratisch geführte Landesregierung möglichst zu verhindern.

Die FDP trat nach fünf Jahren außerparlamentarischer Arbeit sachpolitisch wie personell ähnlich profiliert auf wie 2011. Auf gleichem Niveau wie vor fünf Jahren wurden den Liberalen am ehesten in der Wirtschaftspolitik Kompetenzen (fünf Prozent) zugewiesen. Dennoch wünschte sich die Hälfte der Rheinland-Pfälzer die FDP (52 Prozent) wieder in den kommenden Landtag. Dieser Wunsch war nicht zuletzt koalitionspolitisch motiviert und wurde mit 72 Prozent vor allem von CDU-Anhängern formuliert. Von Koalitionsüberlegungen abgesehen profitierte die FDP auch vom Unmut bürgerlicher Wähler gegenüber der Bundespolitik in der Flüchtlingsfrage. Auch die Hälfte der FDP-Anhänger äußerte, mit der Flüchtlingspolitik von *Angela Merkel* eher nicht einverstanden zu sein (47 Prozent). Zudem unterstützten 61 Prozent die These, die etablierten Parteien würden in der Flüchtlingspolitik die Sorgen der Bürger nicht ernst nehmen. Auch wenn die FDP damit auf bürgerliche Enttäuschung setzen konnte, war das Wählerpotenzial der Liberalen zum einen durch die AfD und zum anderen durch die Zuspitzung auf die Spitzenfrauen der großen Parteien begrenzt. Dies galt umso mehr, als *Julia Klöckner* in den FDP-Reihen weit aus größere Sympathien (80 Prozent) genoss als der eigene Spitzenkandidat (69 Prozent).

Das aktuelle Misstrauen gegenüber der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung bot der AfD Chancen auf einen Wahlerfolg in Rheinland-Pfalz. Dabei hatte sich das Land in der Vergangenheit keineswegs als AfD-Hochburg abgesetzt. Mit weniger als fünf Prozent bei

der Bundestagswahl 2013 und knapp sieben Prozent bei der Europawahl 2014 hatte die AfD im westdeutschen Ländervergleich nur unterdurchschnittlich abgeschnitten. Vor diesem Urnengang galt sie in Rheinland-Pfalz allerdings bei vielen als Partei, die Kritik der Bevölkerung an den etablierten Parteien aufnimmt. So waren vier von zehn (42 Prozent) der Ansicht, die AfD reagiere besser als andere auf ein gewachsenes Unsicherheitsgefühl. Jeweils drei von zehn (34 Prozent) hielten ihr zugute, die Integrationsprobleme muslimischer Flüchtlinge offener anzusprechen und sich strikter für eine Zuzugsbegrenzung als andere einzusetzen (31 Prozent).

Wie sehr die aktuelle Flüchtlingsthematik der „Alternative für Deutschland“ Auftrieb verschaffte, zeigt der nähere Blick auf deren Anhänger: Fast vollständig (98 Prozent) äußerten sie, mit der Flüchtlingspolitik von *Angela Merkel* nicht einverstanden zu sein. Zu 100 Prozent unterstützten sie die These, die etablierten Parteien würden die Sorgen der Bürger nicht ernst nehmen. 97 Prozent forderten eine zügige und nachhaltige Begrenzung des Flüchtlingszuzugs, und 90 Prozent bezweifelten, dass die Bundesregierung die Lage langsam wieder im Griff habe. Die Partei aktivierte dabei bestehende Sorgen über Folgeprobleme der Flüchtlingsaufnahme: So äußerten die AfD-Anhänger fast einhellig Befürchtungen, dass die Kriminalität ansteige (91 Prozent), der Islam zu einflussreich werde (95 Prozent) und sich die Lebensweise in Deutschland zu stark ändere (92 Prozent). Die uneindeutige Haltung der AfD zu rechtsextremen Positionen wurde dabei von vielen ihrer Sympathisanten bei dieser Wahl offenbar in Kauf genommen. Die Einschätzung, dass sich die Partei nicht eindeutig von rechtsextremen Positionen distanzieren, wurde selbst von der Hälfte der eigenen Anhängerschaft (54 Prozent) geteilt.

**Tabelle 4: Kompetenzzuschreibungen der Parteien (in Prozent)**

	SPD	CDU	Grüne	FDP	Linke	AfD	keine Partei / weiß nicht
Soziale Gerechtigkeit	<u>49</u>	21	4	2	6	3	11
Gute Familienpolitik und Kinderbetreuung	<u>48</u>	25	8	1	2	2	10
Arbeitsplätze sichern und neue schaffen	39	<u>40</u>	2	3	1	2	11
Gute Schul- und Bildungspolitik	<u>38</u>	35	5	3	2	2	12
Wirtschaft voranbringen	35	<u>42</u>	2	5	0	2	11
Gute Haushalts- und Finanzpolitik	33	<u>42</u>	2	3	1	2	14
Gute Verkehrspolitik	31	<u>35</u>	7	2	1	2	19
Kriminalität und Verbrechen bekämpfen	31	<u>37</u>	1	2	1	4	20
Flüchtlingssituation in Griff bekommen	27	<u>30</u>	2	1	2	6	27
Gute Umweltpolitik	15	16	<u>51</u>	1	1	1	11
Wichtigste Aufgaben in Rheinland-Pfalz lösen	<u>37</u>	35	3	2	1	2	14

Anmerkungen: Zeilenprozente; Kompetenteste Partei ist unterstrichen.

Quelle: Vorwählerhebung von ARD/Infratest dimap. Vgl. Infratest dimap, a.a.O. (Fn. 37), S. 21 f.

Die Linke, die zum dritten Mal zum Sprung in den Mainzer Landtag ansetzte, hatte ein wesentlich schwächeres Sach- und Personalprofil als in anderen westlichen Bundesländern, wie zum Beispiel zuletzt bei den Wahlen in Hamburg und Bremen. In der Sachwahrnehmung der Rheinland-Pfälzer blieb die Partei klar auf das Feld der sozialen Gerechtigkeit begrenzt. Sie bekam hier wegen der starken Stellung der *Dreyer*-SPD jedoch nur vergleichsweise wenig Sachvertrauen zugeschrieben (sechs Prozent). Darüber hinaus blieben Unzufriedenheit und Enttäuschung wichtige Impulse für das Linken-Votum. Entsprechende Protestpotenziale waren in Rheinland-Pfalz jedoch wegen der relativ guten wirtschaftlichen Situation des Bundeslands begrenzt. Erschwerend kam hinzu, dass die Linke in der Ansprache wirtschaftlich weniger privilegierter Wählergruppen diesmal die Konkurrenz der AfD zu spüren bekam.

### 3.8. Wählermotive

Auf der inhaltlichen Ebene dominierte die Flüchtlingsthematik die öffentliche Diskussion in den Wahlkampfmonaten. Anders als 2011, als nach dem Atomunglück in Fukushima Umwelt- und Energiefragen auch das Abstimmungsverhalten bestimmten, war 2016 das Thema Flüchtlinge nicht das wichtigste Motiv für die Wahlentscheidung. Am 13. März waren für die Wähler in erster Linie Fragen der sozialen Gerechtigkeit ausschlaggebend. Auch die ökonomischen Themen Wirtschaft und Arbeit spielten eine große Rolle. Erst auf Platz drei stand die Flüchtlingspolitik, dicht gefolgt von der Schul- und Bildungspolitik (vgl. Tabelle 5).

Für die SPD-Wahl war vor allem das Thema soziale Gerechtigkeit von Bedeutung, danach Wirtschafts- und Arbeitsmarktfragen sowie Aspekte der Schul- und Bildungspolitik. Für das Grünen-Votum waren Umwelt/Energie am wichtigsten, dicht gefolgt von Fragen sozialer Gerechtigkeit und der Flüchtlingsthematik. Wer den Grünen Richtung SPD – größter Abstrom – den Rücken kehrte, tat dies vorrangig wegen der Sozialpolitik. Dass sieben von zehn Wählern, die sich so entschieden, dies nach eigener Aussage aus Überzeugung taten, belegt, dass der Grünen-Erfolg 2011 wenig nachhaltig und maßgeblich vom Themenumfeld bestimmt war.

Das Votum zugunsten von CDU und FDP war – dem traditionellen Muster bürgerlicher Parteien folgend – vor allem von Wirtschaftsthemen bestimmt. Die Flüchtlingssituation war für 26 Prozent (Platz vier) der CDU-Wählerschaft ein wichtiger Grund für ihre Ent-

*Tabelle 5: Wahlmotive bei der Landtagswahl 2016 (in Prozent)*

	Alle	SPD	CDU	Grüne	FDP	Linke	AfD
Wirtschaft / Arbeit	38	<u>35</u>	50	15	52	22	26
Soziale Gerechtigkeit	<u>45</u>	<u>61</u>	29	48	28	75	<u>39</u>
Schule / Bildung	26	28	30	27	29	16	15
Flüchtlinge	<u>29</u>	21	26	<u>29</u>	23	<u>22</u>	<u>65</u>
Umwelt / Energie	15	16	10	<u>51</u>	15	18	6
Innere Sicherheit	20	15	22	6	23	13	<u>33</u>
Verkehr / Infrastruktur	9	7	14	5	15	6	5

Anmerkung: Spaltenprozente; Mehrfachnennungen. Die drei wichtigsten Motive sind unterstrichen.

Quelle: EExit-Polls von ARD/Infratest dimap. Vgl. Infratest dimap, a.a.O. (Fn. 37), S. 55.

scheidung. Auch bei neuen CDU-Wählern stand das Thema neben der sozialen Gerechtigkeit und Bildung lediglich auf Platz vier. Der Profilierungsversuch *Klößners* mit dem „Plan A2“ hat demzufolge nicht zu einer stärkeren Mobilisierung zugunsten ihrer Partei geführt.

Anders bei der Wählerschaft der AfD, von der zwei Drittel angaben, ihr Kreuz wegen deren Programmatik in der Flüchtlingsfrage gemacht zu haben. Auch für das AfD-Votum spielte die soziale Gerechtigkeit eine wichtige Rolle. Hinzu kamen Aspekte der Inneren Sicherheit, die bei keiner anderen Partei solche Bedeutung hatte. Nur bei der AfD war die Stimmabgabe von Enttäuschung über die anderen Parteien geprägt: 62 Prozent der Wähler bekundeten dies in der Exit-Poll, lediglich 29 Prozent votierten aus Überzeugung für die AfD.<sup>43</sup>

### 3.9. Bedeutung der Spitzenkandidaten

Während die SPD beim Sachvertrauen auf der Parteebene gegenüber 2011 Einbußen zu verzeichnen hatte, konnte sie mit ihrem Spitzenpersonal erneut deutlich positive Akzente setzen. Der erst während der Wahlperiode zur Ministerpräsidentin gewählten *Malu Dreyer* wurde unmittelbar vor der Wahl von drei Vierteln der Wahlberechtigten (73 Prozent) ein positives Zeugnis ausgestellt. Sie erfuhr damit größere Sympathien als *Kurt Beck* bei der letzten Landtagswahl (66 Prozent) und distanzierte ihre Herausforderin von der CDU deutlich (48 Prozent). *Dreyer* wurde im Vergleich zu *Julia Klößner* mit Abstand als sympathischer (59:25 Prozent), glaubwürdiger (56:21 Prozent) und bürgernäher (55:20 Prozent) wahrgenommen und galt als die Politikerin mit der größeren regionalen Verbundenheit (55:30 Prozent). Unter dem Strich wünschte sich mehr als die Hälfte der Rheinland-Pfälzer (54 Prozent) eine weitere Amtszeit *Dreyers*. Getragen von diesem Sympathiebonus erzielte sie in ihrem Wahlkreis Trier das beste SPD-Wahlkreisstimmenergebnis und auch den höchsten Erststimmenüberhang aller SPD-Kandidaten. Der für die Wettbewerbsposition der SPD entscheidende Übergang auf die Nachfolge *Kurt Beck*s war also gelungen. Für die SPD war gerade wegen der Schwäche bei der Zuschreibung von Sachvertrauen die personelle Komponente mit einer populären Ministerpräsidentin von großer Bedeutung für die Sicherung des Regierungserhalts an Rhein und Mosel. Am Wahltag orientierten sich die SPD-Wähler in ihrer Wahlentscheidung vorrangig an der populären Spitzenkandidatin (45 Prozent). Sie entfaltete damit eine ähnlich große Zugkraft wie *Beck* 2006, als er die absolute Mehrheit für die SPD errang.

Die christdemokratische Spitzenkandidatin *Julia Klößner* hatte gegenüber 2011 an Profil gewonnen und wurde positiver bewertet als bei der Wahl zuvor (48 Prozent; +4). Während sie 2011 im Vergleich des Eigenschaftensprofils mit *Kurt Beck* fast durchweg den Kürzeren zog, galt sie diesmal als die Kandidatin mit dem größeren wirtschaftspolitischen Sachverstand (36:32 Prozent). Darüber hinaus wurde die Herausforderin als ähnlich führungsstark wahrgenommen wie die Amtsinhaberin (42:40 Prozent). Auch wenn auf der personellen Ebene die Hegemonie der SPD-Amtsinhaber nicht mehr so groß war wie bei den Landtagswahlen 2001 und 2006, machte die Strahlkraft der amtierenden Ministerpräsidentin bis weit in die CDU-Anhängerschaft hinein der Herausforderin eine Profilierung schwer: Nicht nur 78 Prozent der Rheinland-Pfälzer insgesamt waren der Meinung, dass *Dreyer* eine gute Ministerpräsidentin ist, sondern auch 68 Prozent der CDU-Anhänger.

43 Vgl. Infratest dimap, a.a.O. (Fn. 37), S. 41.

#### 4. Regierungsbildung und Oppositionsformierung

Bereits am Wahlabend wurde deutlich, dass *Dreyer* eine Ampel-Koalition gegenüber einem Bündnis mit der CDU vorzog, indem sie auf positive Erfahrungen in früheren Wahlperioden verwies.<sup>44</sup> Ein Zusammengehen von *Dreyer* und *Klößner* in einer gemeinsamen Regierung schien atmosphärisch nur schwer vorstellbar.

Bei den Grünen sorgte das mäßige Wahlergebnis nur wenige Tage nach der Wahl für den Rückzug der beiden Spitzenkandidaten: *Eveline Lemke* erklärte, dass sie sich nicht an anstehenden Sondierungsgesprächen beteiligen werde, und *Daniel Köbler* kündigte an, nicht erneut für den Fraktionsvorsitz zu kandidieren.<sup>45</sup> Nachdem ein kleiner Parteitag am 19. März mit nur einer Gegenstimme für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen votiert hatte, führten die Landesvorsitzenden *Katharina Binz* und *Thomas Petry* die Gespräche mit SPD und FDP. Neben dem Wunsch, weitere Gestaltungsmöglichkeiten in der Regierung zu haben und Erfolge aus der letzten Wahlperiode nicht zu gefährden, wollten die Grünen der AfD nicht die Rolle der größten Oppositionspartei überlassen, falls es zu einer Großen Koalition kommen würde.

Für die FDP war zwar die CDU Wunschpartner, eine Ampel-Konstellation wurde aber bereits kurz nach der Wahl vom FDP-Bundesvorsitzenden *Christian Lindner* ins Spiel gebracht, der sich damit eine Vielfalt der Koalitionsoptionen bei der Bundestagswahl 2017 offenhalten möchte.

Am 30. März trafen sich die Vertreter von SPD, Grünen und FDP zum ersten Mal, um über einer Koalitionsbildung zu sprechen. Die Gespräche waren von großer Vertraulichkeit geprägt, weil sich die Verhandlungsführer bewusst waren, dass sich vor allem die Parteibasis von Grünen und FDP mit der jeweils anderen Partei schwer tun würde. Kritischer Punkt der Verhandlungen waren vor allem der von den Grünen forcierte Ausbau der Windkraftanlagen sowie die von der FDP geforderten Anstrengungen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur. Alle Seiten zeigten jedoch große Kompromissfähigkeit. Dies galt vor allem für die Hauptkonfliktpunkte zwischen der FDP und den Grünen: Infrastruktur/Verkehr und Energiewende/Windkraft. Im Koalitionsvertrag haben die drei Parteien „soziale Gerechtigkeit, wirtschaftlichen Erfolg und Nachhaltigkeit“ als ihr Ziel formuliert.<sup>46</sup>

Der Koalitionsvertrag fand bei der SPD die größte Zustimmung: Auf einem Landesparteitag am 11. Mai votierten alle 55 Delegierten für das ausgehandelte Vertragswerk.<sup>47</sup> Bei der FDP stimmten am 9. Mai 82 Prozent der Parteitagsdelegierten für den Koalitionsvertrag. Die Mitglieder von Bündnis90/Die Grünen in Rheinland-Pfalz konnten in einer Urabstimmung über den Koalitionsvertrag entscheiden. 86 Prozent der Teilnehmer billigten die Vereinbarung.<sup>48</sup>

In ihrem Koalitionsvertrag haben die drei Parteien bestimmt, dass es künftig neun, statt wie bisher acht, Ministerien geben wird. Davon besetzt die SPD neben dem Ministerpräsi-

44 „Dreyer schlägt Klößner, aber Rot-Grün in Mainz ohne Mehrheit“, in: Die Rheinpfalz vom 14. März 2016, S. 1.

45 Vgl. *Timo Frasch*, Albraum Klößner. Warum die Grünen in Mainz die Ampel wollen, in: FAZ vom 21. März 2016, S. 4.

46 Koalitionsvertrag, Sozial gerecht – wirtschaftlich stark – ökologisch verantwortlich Rheinland-Pfalz auf dem Weg ins nächste Jahrzehnt. Rheinland-Pfalz 2016 – 2021, Mainz 2016.

47 Vgl. „Dreyers Dreierkoalition unter Dach und Fach“, in: Die Rheinpfalz vom 12. Mai 2016, S. 1.

48 Bündnis90/Die Grünen; Ergebnis der Urabstimmung, 9. Mai 2016, [http://gruene-rlp.de/startseite/volltext-slider/article/ergebnis\\_der\\_urabstimmung/](http://gruene-rlp.de/startseite/volltext-slider/article/ergebnis_der_urabstimmung/) (Abruf am 30. Juni 2016).

<i>Tabelle 6: Die rheinland-pfälzische Landesregierung nach der Landtagswahl 2016</i>	
Ministerpräsidentin	<i>Malu Dreyer</i> (SPD)
Chef der Staatskanzlei	<i>Clemens Hoch</i> (SPD)
Staatssekretärin für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Digitales	<i>Heike Raab</i> (SPD)
Ministerin der Finanzen	<i>Doris Ahnen</i> (SPD)
Minister des Innern und für Sport	<i>Roger Lewentz</i> (SPD)
Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie	<i>Sabine Bätzing-Lichtenthäler</i> (SPD)
Ministerin für Bildung	Dr. <i>Stefanie Hubig</i> (SPD)*
Minister für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur	Dr. <i>Konrad Wolf</i> (parteilos)*
Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau	Dr. <i>Volker Wissing</i> (FDP)*
Minister der Justiz	<i>Herbert Mertin</i> (FDP)*
Ministerin für Umwelt, Energie, Ernährung, und Forsten	<i>Ulrike Höfken</i> (Grüne)
Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz	<i>Anne Spiegel</i> (Grüne)*
* Neu im Kabinett.	
Quelle: Eigene Zusammenstellung.	

denenamt fünf Fachressorts, FDP und Grüne jeweils zwei (vgl. Tabelle 6). Neu für die SPD im Kabinett ist Bildungsministerin *Stefanie Hubig*, zuvor Staatssekretärin im Bundesjustizministerium und als Juristin bisher nicht mit Bildungspolitik befasst, und der parteilose *Konrad Wolf* im neu geschaffenen Ressort für Wirtschaft und Kultur. Er war vor seiner Berufung in die Landesregierung Präsident der Hochschule Kaiserslautern.

Der FDP-Landesvorsitzende *Volker Wissing* leitet das Wirtschaftsministerium und ist zugleich stellvertretender Ministerpräsident. Neben Verkehr umfasst sein Verantwortungsbereich den Großteil der Landwirtschaft und den Weinbau. An der Spitze des Justizressorts steht ein alter Bekannter: *Herbert Mertin* war bereits in sozial-liberalen Regierungszeiten von 1999 bis 2006 in dieser Position. Die Grünen-Politikerin *Ulrike Höfken* bleibt Umweltministerin, allerdings ohne die Zuständigkeit für Landwirtschaft und Weinbau. Dafür ist ihr Ressort künftig für das Thema Energie verantwortlich. Neu für die Grünen in der Regierung ist deren Hoffnungsträgerin *Anne Spiegel*, zuvor stellvertretende Fraktionsvorsitzende. Die 35-jährige aus Speyer ist Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz.<sup>49</sup>

*Julia Klöckner* wurde schon am Dienstag nach der Landtagswahl einstimmig als Vorsitzende der CDU-Fraktion wiedergewählt. Gleichwohl trat danach eine „merkwürdige Schweigsamkeit“ ein, die auch zwei Monate nach der Wahl deutlich machte, dass der CDU noch immer der „Schock in den Gliedern“ sitzt.<sup>50</sup>

Bei der konstituierenden Sitzung des Landtags am 18. Mai wurde *Malu Dreyer* zur Ministerpräsidentin gewählt. Sie erhielt in geheimer Abstimmung 52 Stimmen, was exakt der Mandatszahl der Koalitionsparteien entspricht. Im Unterschied zu den Amtsinhabern in Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt hat *Dreyer* somit gleich im ersten Wahlgang ihre Koalitionsfraktionen geschlossen hinter sich gebracht.<sup>51</sup> Der SPD-Abgeordnete *Hendrik Hering*, der bis zur Kabinettsumbildung im November 2014 Fraktionsvorsitzender war,

49 Vgl. „Die Neuen im Kabinett“, in: Die Rheinpfalz vom 12. Mai 2016, S. 13.

50 *Arno Becker*, CDU zeigt sich merkwürdig schweigsam, in: Die Rheinpfalz vom 9. Mai 2016, S. 9.

51 Vgl. dazu die Beiträge von *Everhard Holtmann* und *Kerstin Völkel* sowie von *Oskar Gabriel* und *Bernhard Kornelius* in diesem Heft.

wurde einstimmig, also auch mit den Stimmen der AfD, zum neuen Präsidenten des Landtags gewählt. Sein Nachfolger an der Spitze der Fraktion, *Alexander Schweitzer*, wurde von den sozialdemokratischen Abgeordneten in dieser Funktion wiedergewählt. Da *Volker Wisising* in der ersten Landtagssitzung zum Minister ernannt wurde, wählte die FDP-Fraktion wenige Tage später *Thomas Roth* zu ihrem Vorsitzenden. Neuer Fraktionsvorsitzender der Grünen ist *Bernhard Braun*. Die AfD-Fraktion führt deren Spitzenkandidat *Uwe Junge* an. Alte und neue Oppositionsführerin ist *Julia Klöckner*. Die CDU-Fraktionsvorsitzende ist nach der gescheiterten Regierungsübernahme nicht mehr so unumstritten wie vorher, auch wenn es zumindest derzeit keine überzeugenden personellen Alternativen im Landesverband gibt. Ob sie in fünf Jahren den dritten Anlauf zum Einzug in die Staatskanzlei nehmen wird, ist offen. Sollte die Amtsinhaberin dann weiterhin *Malu Dreyer* heißen, dürfte es für die Bad Kreuznacherin schwer werden, sie aus dem Amt zu drängen.

## 5. Zusammenfassung

- (1) Die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz am 13. März 2016 wies erneut eine sehr hohe Volatilität auf – Resultat des Wahlerfolgs der rechtspopulistischen AfD und der Rekordeinbußen der Grünen. Darüber hinaus differenzierte sich das Parteiensystem auf fünf Parteien deutlich aus. Zudem kämpften erstmals bei einer Wahl in Deutschland zwei Frauen um das Amt der Regierungschefin. In einem auf die Spitzenkandidatinnen von SPD und CDU zugespitzten Wahlkampf setzte sich die SPD mit Ministerpräsidentin *Malu Dreyer* als stärkste Partei durch. Mit 36,2 Prozent legte sie zwar nur minimal zu, feierte dies allerdings als großen Erfolg, weil sie im Endspurt des Wahlkampfes die CDU auf den zweiten Platz verweisen konnte. Obwohl die CDU absolut Stimmen zulegte, scheiterte die Spitzenkandidatin *Julia Klöckner* ein zweites Mal an der SPD. Die Christdemokraten mussten mit 31,8 Prozent ihr prozentual schlechtestes Resultat in der rheinland-pfälzischen Wahlgeschichte hinnehmen. Wahlsieger war die AfD, die aus dem Stand heraus mit 12,6 Prozent drittstärkste Kraft wurde. Ebenfalls als Gewinner konnte sich die FDP fühlen, die mit 6,2 Prozent wieder im Landtag vertreten ist. Großer Wahlverlierer waren die Grünen, die nach Rekordeinbußen nur knapp den Wiedereinzug in den Landtag sichern konnten (5,3 Prozent, -10,1 Punkte). Infolgedessen besaß die rot-grüne Landesregierung keine Mehrheit mehr.
- (2) Die 16. Wahlperiode war von der Stabsübergabe des als „Landesvater“ geltenden Ministerpräsidenten *Kurt Beck* an die langjährige Sozialministerin *Dreyer* und von der Diskussion über den Freizeitpark Nürburgring geprägt. *Dreyer* übernahm Anfang 2013 die Führung der rot-grünen Koalition. Die Flüchtlings- und Integrationspolitik dominierte seit September 2015 die Themenagenda und sorgte für eine häufig emotional geprägte Politisierung während des Wahlkampfes. Hinzu kam die starke Fokussierung auf die beiden Spitzenkandidatinnen. Als Folge stieg die Wahlbeteiligung auf 70,4 Prozent an.
- (3) Die SPD genoss bei ihren Kernthemen soziale Gerechtigkeit und Familienpolitik weiterhin großes Sachvertrauen. Die inhaltlich breite Aufstellung früherer Jahre ist jedoch verloren gegangen, denn bei den ökonomischen Themen und auch in der Bildungspolitik musste sie Vertrauensverluste hinnehmen. Zudem beklagten viele Bürger, dass ihre Sorgen bei der Flüchtlingsthematik nicht ernst genommen würden. Umso wichtiger war für die SPD, dass der Wechsel von *Beck* zu *Dreyer* gelungen war. Sie genoss größere

Sympathien als ihr Vorgänger bei der Wahl zuvor und setzte sich so klar von ihrer CDU-Herausforderin ab. Auf der für die Wettbewerbsposition der SPD entscheidenden personellen Ebene punktete *Dreyer* in der Endphase des Wahlkampfes stärker und sorgte dafür, dass fast jeder zweite SPD-Wähler wegen ihr das Kreuz bei den Sozialdemokraten machte.

- (4) *Julia Klöckner* fiel die Profilierung gegen Ministerpräsidentin *Dreyer* schwer. Obwohl sich die CDU sachpolitisch stärker profilierte, kam sie gegen die sehr beliebte Amtsinhaberin nicht an. *Dreyer* war es zudem gelungen, mit einem radikalen Schlusstrich beim Nürburgring rechtzeitig vor dem Wahltermin der CDU die wichtigste Angriffsfläche zu nehmen. Hinzu kam in der Flüchtlingspolitik eine Doppelstrategie *Klöckners* aus Abgrenzung und Zustimmung zu Bundeskanzlerin *Merkel*, die eher für Irritationen als für Klarheit beim Umgang mit der Flüchtlingsthematik sorgte.
- (5) Der Eindruck mangelnder Responsivität der Parteien bezüglich der Sorgen der Bürger angesichts der Zuwanderung schuf die passenden Rahmenbedingungen für das gute Abschneiden der AfD. Deren großer Wahlerfolg basierte auf Wählerzuströmen aus allen politischen Richtungen und auf der Mobilisierung vieler ehemaliger Nichtwähler. Das Votum zugunsten der AfD war – im Unterschied zu den anderen Parteien – vorrangig durch die Flüchtlingsthematik bestimmt. Bei Arbeitern und Arbeitslosen überzeugte sie rund jeden Vierten.
- (6) Der FDP gelang der bemerkenswerte Sprung aus der außerparlamentarischen Opposition direkt in die Landesregierung. Ihr Zuwachs war durch den Fokus auf die Spitzenkandidatinnen der beiden großen Parteien begrenzt, weil bürgerliche Wähler nur durch die Stimmabgabe zugunsten der CDU einer Ministerpräsidentin *Klöckner* den Weg ebnen konnten.
- (7) Den Grünen gelang es ohne ein durch die Fukushima-Katastrophe geprägtes Themenfeld nicht, die 2011 von der SPD gewonnenen Wähler auch bei dieser Wahl zu halten. Sie mussten nun ein Rekordminus verkraften und konnten nur knapp ihre parlamentarische Präsenz sichern. Auch die Grünen litten unter der Fokussierung auf das Duell *Dreyer* gegen *Klöckner*.
- (8) Bereits am Wahlabend machte *Malu Dreyer* ihre Präferenz für eine Ampel-Koalition deutlich. Die Koalitionsverhandlungen waren von großer Vertraulichkeit und Kompromissfähigkeit geprägt, weil sich die drei Parteien bewusst waren, dass vor allem FDP und Grüne die Ergebnisse vor ihrer Parteibasis zu rechtfertigen hatten. In dem auf neun Ministerien erweiterten Kabinett besetzt die SPD fünf, FDP und Grüne jeweils zwei Ressorts.
- (9) Nur drei Monate nach dem Wahltag kam die Landesregierung in Bedrängnis, weil der Verkauf des defizitären Regionalflughafens Hahn an einen chinesischen Investor wegen dessen Zahlungsunfähigkeit scheiterte. Da die CDU-Opposition Parallelen zum Nürburgring-Debakel sah, setzte sie ein Misstrauensvotum gegen *Malu Dreyer* an, das am 14. Juli 2016 mit den Stimmen der Regierungskoalition abgelehnt wurde. Da nun ein neuer Investor gesucht werden muss, bevor im September 2016 dem Flughafen das Geld ausgeht, und die CDU sich die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses vorbehält<sup>52</sup>, wird „der Hahn“ noch länger Gegenstand der politischen Diskussion in Rheinland-Pfalz bleiben.

52 Vgl. *Timo Frasch*, Fast hätte Mainz gebebt, in: FAZ vom 15. Juli 2016, S. 4.